

Jahresbericht 2008

Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt Erfurt

Bahnhofstr.1

99084 Erfurt

Tel: 0361/5416868 Fax: 0361/5416870

e-mail: kontakt@interventionsstelle-erfurt.de

www.interventionsstelle-erfurt.de



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Interventionsstelle Erfurt	4
▪ Aufgaben und Inhalte	4
▪ Zuständigkeitsbereich	4
▪ Personalausstattung	5
▪ Finanzierung	5
3. Statistische Daten	6
4. Kooperation und Vernetzung	9
5. Öffentlichkeitsarbeit	12
6. Fortbildung und Supervision	13
7. Ausblick	13

1. Einleitung

Die Interventionsstelle Erfurt in Trägerschaft der Evangelischen Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt gGmbH ist ein fester Baustein im Hilfenetzwerk für Opfer häuslicher Gewalt sowohl im Zuständigkeitsbereich der PD Erfurt als auch zunehmend in der PD Jena.

Dies ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass auf eine intensive Vernetzungsarbeit der Vorjahre in beiden Polizeidirektionen gebaut werden konnte. Für die konkrete Zusammenarbeit mit der Polizei erwiesen sich die bestehenden Kontakte zumindest in der PD Erfurt als nützlich, was sich auch in den statistischen Zahlen ausdrückt.

Rückblickend auf das Jahr 2008 lagen die Schwerpunkte der Arbeit auf dem Aufbau und der Verfestigung der Kooperation mit Polizei, Jugendämtern und Netzwerken sowie der Etablierung der Interventionsstelle als beratende Einrichtung mit pro-aktiver Arbeitsweise.

Dazu gehörte Öffentlichkeitsarbeit in beiden PDen und die öffentlich-wirksame Darstellung der Interventionsstelle und ihrer Aufgaben.

Erste statistische Erhebungen bestätigen die Notwendigkeit einer zugehenden Beratungsform und geben Aufschluss über die Wirksamkeit und Umsetzung des Interventionsverlaufs.

Im Ergebnis der Auseinandersetzung mit verschiedenen Professionen zum Thema häusliche Gewalt sind einige Schwachstellen in der Interventionskette erkannt worden, wodurch sich neue Arbeitsschwerpunkte für 2009 eröffnen, sich aber auch begonnene Arbeitsprozesse fortsetzen und der Weiterentwicklung bedürfen.

2. Interventionsstelle Erfurt

Die Interventionsstelle der Evangelischen Stadtmission ist eine Einrichtung zur Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit von Frauen, Männern und Kindern, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Charakteristisch ist Krisenintervention in Form des pro-aktiven Ansatzes, welcher einen zeitnahen Zugang zu den Betroffenen gewährleistet. Vorrangig in der Beratung sind Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten nach dem GewSchG sowie die individuelle Sicherheitsplanung. Als Schnittstelle zwischen staatlicher Intervention und bestehendem Hilfesystem kooperiert sie mit bestehenden Einrichtungen, um längerfristige psychosoziale Beratung und Begleitung für die Betroffenen zu sichern. Die Interventionsstelle ist fester Bestandteil der Netzwerke in Erfurt, Jena, Weimar-Apolda und im Saale-Holzland-Kreis.

Aufgaben und Inhalte

- Pro-aktive Beratung: nach einem Polizeieinsatz nehmen die Mitarbeiterinnen möglichst innerhalb von 24 Stunden telefonisch Kontakt zum Opfer auf und bieten Beratung und Unterstützung an
- Beratung zu den rechtlichen Möglichkeiten nach dem GewSchG u.a.
- Psycho-soziale Beratung: Stabilisierung in einer Krise, Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten, Aktivieren des Selbsthilfepotentials, Erweiterung des Handlungsspielraums
- Weitervermittlung an weitere Einrichtungen
- Schulung und Fortbildung zur Sensibilisierung für die Situation der Betroffenen und zum Interventionsverlauf
- Landesweite Vernetzung mit der Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt, den weiteren Interventionsstellen u.a.; regionale Vernetzung

Zuständigkeitsbereich

Der Zuständigkeitsbereich der Interventionsstelle Erfurt umfasst die Polizeidirektionen Erfurt und Jena mit den dazugehörigen kreisfreien Städten Erfurt, Weimar und Jena sowie den Landkreisen Sömmerda, Weimar Land und Saale-Holzland-Kreis. Dies entspricht einer EinwohnerInnenzahl von ca. 609.000.

Personalausstattung

Die Interventionsstelle ist mit zwei Mitarbeiterinnen ausgestattet, die sich 1,5 Vollzeitstellen teilen. Damit können Krankheits- oder Urlaubsvertretungen abgesichert werden.

Finanzierung

Finanziert wird die Interventionsstelle aus Mitteln des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie, Landesstelle Gewaltprävention sowie aus Eigenmitteln der Evang. Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt gGmbH. Die technische Einrichtung sowie die Büroausstattung der Interventionsstelle ist gemäß Ausschreibung in voller Höhe vom Träger übernommen worden.

3. Statistische Daten

Im Folgenden wird die statistische Erhebung des Zeitraums 01.04.08 – 31.12.08 erörtert. Daten zur Anzahl der Kinder, zu juristischen Maßnahmen, polizeilichen Maßnahmen, Herkunft, Einkommensverhältnisse usw. konnten nicht durchgängig ermittelt werden, da die endgültige Fassung des Faxvordrucks mit den benötigten Daten erst ab Oktober der Polizei zur Verfügung stand. Die vorhandenen Daten nun im Verhältnis zu den erfassten Fallzahlen auszuwerten, würde ein falsches Bild vermitteln, so dass wir uns entschieden haben, nur die Zahlen aufzuzeigen, die für den gesamten Erfassungszeitraum relevant sind.

In o.g. Zeitraum erreichten insgesamt 148 Meldungen die Interventionsstelle Erfurt. Unter Meldungen fassen wir die von der Polizei an die IST gefaxten Einverständniserklärungen sowie die Anrufe von Personen, die sich nach Vermittlung oder aus Eigeninitiative an die Beratungsstelle gewandt haben.

Tabelle 1: Anzahl der Meldungen

Anzahl der KlientInnen insgesamt	148	
Faxe der Polizei	108 (73%)	davon 4 männlich
Selbstmeldungen	40 (27%)	davon 3 männlich

In Tabelle 1 wird deutlich, dass 73% der Betroffenen durch Faxe der Polizei, worauf die Einverständniserklärung der Frau ersichtlich ist, an die Interventionsstelle vermittelt wurden. Die Zahl der Selbstmeldungen mit 27% beinhaltet auch die Personen, die von anderen Einrichtungen oder aufgrund des weitergereichten Infomaterials durch die Polizei an die IST vermittelt wurden. 95 % der Beratenen waren Frauen.

In zwei Fällen wurde eine wiederholte Beratung durchgeführt, d.h. zwischen den übermittelten Faxvordrucken der Polizei lag ein Zeitraum von mindestens 3 Monaten.

Die gefaxten Einverständniserklärungen verteilen sich auf die Polizeidirektionen mit 80% auf die PD Erfurt und 20% auf die PD Jena. Die Aufteilung der erhaltenen Faxe auf die einzelnen Plen zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 2: Aufteilung der erhaltenen Einverständniserklärungen auf die einzelnen Plen

PD Erfurt	Anzahl		PD Jena	Anzahl	
PI Erfurt Nord	35	32%	PI Apolda	1	1%
PI Erfurt Süd	16	15%	PI Eisenberg	1	1%
PI ZD Erfurt	9	8%	PI Jena	6	6%
PI Sömmerda	26	24%	PI Stadtroda	6	6%
KPI Erfurt			PI Weimar	8	7%
VPI Erfurt			PIZD Jena		
			KPI Jena		
			VPI Jena		

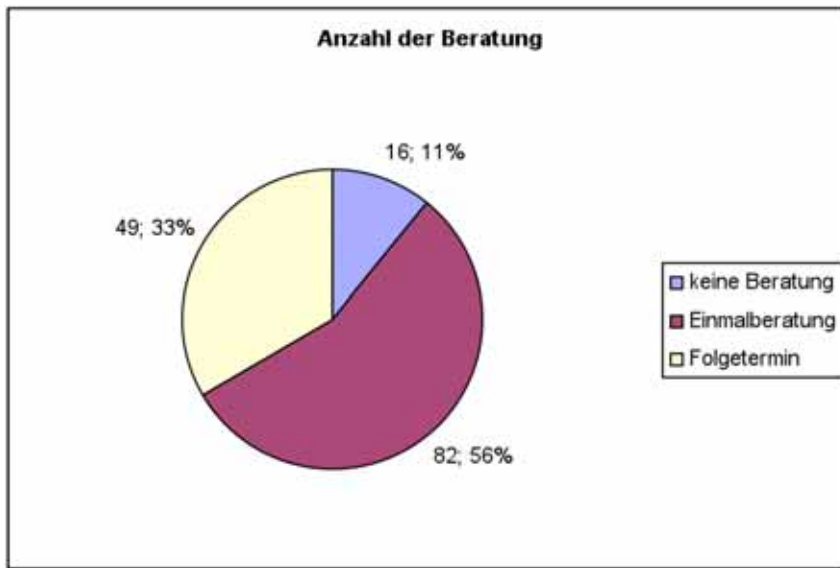
Das Ungleichgewicht zwischen PD Erfurt und PD Jena lässt keine Rückschlüsse auf die Häufigkeit von Fällen häuslicher Gewalt in den einzelnen PDen ziehen. Die Dienstgruppen der Plen Apolda, Jena und Eisenberg konnten im letzten Jahr noch nicht geschult werden. Den BeamtInnen dieser Plen sind die Arbeitsweise sowie die Mobilität der Interventionsstelle noch nicht umfänglich vertraut.

In 19 Fällen waren die Betroffenen Opfer von Stalking durch den Ex-Partner, davon wurde sechs pro-aktiv Beratung angeboten.

Die Kontaktaufnahme zu den KlientInnen erfolgt in der Regel telefonisch. Ist dies aufgrund fehlenden Telefonanschlusses oder fehlender Telefonnummer auf dem Faxvordruck nicht möglich, werden die Betroffenen schriftlich auf die Möglichkeit der Beratung hingewiesen. In manchen Fällen war es möglich, die Telefonnummer nach der Zeugenvernehmung der Polizei zu erhalten. Wenn gewünscht, wurden Informationen zum Gewaltschutzgesetz sowie zu Stalking und weiteren Beratungsangeboten versandt.

Die Beratung wird sowohl telefonisch durchgeführt als auch in den Räumen der Interventionsstelle bzw. in der Umgebung der Betroffenen. Hier werden z.B. Räumlichkeiten der örtlichen Frauenzentren oder Frauenberatungsstellen genutzt oder bei einer Wohnungsverweisung auch das häusliche Umfeld. Diese Möglichkeiten werden meist im ländlichen Bereich oder in der PD Jena genutzt.

Schaubild 1 schlüsselt auf, in wie vielen Fällen Beratung gewünscht war und wie oft sie stattgefunden hat:



In 16 Fällen wurde keine Beratung gewünscht. Ist die telefonische Kontaktaufnahme nicht erfolgreich, wird in jedem Fall auf schriftlichem Wege versucht, Kontakt aufzunehmen. 82 Betroffene haben sich einmal beraten lassen, hier hat die einmalige intensive Beratung ausgereicht oder es wurde an andere Institutionen für eine längerfristige Beratung oder Begleitung weitervermittelt. In 49 Fällen wurde ein Folgetermin in Anspruch genommen, um die Beratung erfolgreich abschließen zu können.

Welche Beratung in welchem Ausmaß wahrgenommen wurde, zeigt folgende Tabelle:

Tabelle 3: Art der Beratung

	Erstkontakt	Tel. Beratung	Beratung in der IST	Mobile Beratung	Begleitung	Hilfekoordinierung
Häusliche Gewalt	128	89	38	13	3	7
Stalking	20	23	14	1	3	

In allen Fällen wurde ein Erstkontakt hergestellt. Die Beratungen am Telefon dauern von 15 Minuten bis zu 1,5 Stunden, in der IST meist zwischen 50 Minuten und 2 Stunden. Die mobile Beratung nahmen nur 14 Betroffene wahr, was höchstwahrscheinlich der Verteilung der Fälle auf die PDen geschuldet ist. Die Weitervermittlung richtet sich nach dem Bedarf und den Wünschen der Betroffenen. Eine direkte Weitervermittlung ist nicht immer gewünscht, da manche Betroffene noch viele Dinge zu erledigen haben oder in Ruhe über alles nachdenken müssen. Den Betroffenen werden stets Informationen zu anderen Beratungseinrichtungen oder Institutionen gegeben.

4. Kooperation und Vernetzung

Zu einer der wichtigsten Aufgaben der Interventionsstelle zählt die Kooperation mit anderen Einrichtungen und Professionen, die das Thema Häusliche Gewalt tangiert. Kooperation und Vernetzung dienen der Verbesserung des Interventionsverlaufs für die Opfer durch Absprachen zu reibungslosen Weitervermittlungen, durch den fachlichen Austausch, Öffentlichkeitsarbeit und die Sensibilisierung für das Thema Häusliche Gewalt.

K o o p e r a t i o n s p a r t n e r P o l i z e i

Unser wichtigster Kooperationspartner ist die Polizei. Mit allen PI-Leitern sowie den PD-Leitern wurden Gespräche bezüglich der Interventionsstellenarbeit und der Möglichkeiten der Zusammenarbeit geführt. Der pro-aktive Zugang wurde größtenteils begrüßt, die Interventionsstelle als wichtiges Hilfeangebot anerkannt.

Bedenken gab es in den entlegenen Plen der Entfernung wegen. Diese wurde als Hinderungsgrund dafür angesehen, dass Opfer ihr Einverständnis zur Datenweitergabe erteilen, weil sie sich keine Hilfe aus Erfurt erhoffen.

In den Plen Erfurt Süd, Erfurt Nord, Weimar, Stadtroda und Eisenberg wurden Schulungen zum Thema Häusliche Gewalt in den Dienstgruppen durchgeführt. Hier stellte sich als zentrales Thema für die BeamtInnen immer wieder heraus, warum Frauen sich nicht trennen und über Jahre hinweg in der Gewaltsituation verharren. Die BeamtInnen äußerten Unzufriedenheit bezüglich der Unterstützung des Platzverweises seitens der Opfer. Die Erfahrung, dass Opfer den Täter innerhalb der Frist des Platzverweises wieder in die Wohnung lassen, stellt aus Sicht der PolizeibeamtInnen die Sinnhaftigkeit dieser polizeilichen Maßnahme in Frage. Die Mitnahme des Faxvordrucks wurde teilweise als erschwerend angesehen, ebenso das Erfragen einer Einverständniserklärung in der schwierigen Situation des Opfers.

Dennoch war nach den Schulungsterminen ein erhöhter Faxzulauf erkennbar, den wir einer größeren Sensibilisierung für die Situation der Opfer sowie der Erkenntnis der Chance, die in der Interventionsstellenarbeit liegt, zuschreiben.

In Einzelfällen konnten Unklarheiten zu den Faxen (fehlende Angaben) mit den Opferschutzbeauftragten der jeweiligen Dienststelle als feste Ansprechpartnerinnen geklärt werden. Einzelne Plen vereinbarten mit uns die vierteljährliche Übermittlung der Anzahl der erhaltenen Faxe.

Justiz

Die Justiz als Bestandteil des Interventionsverlaufs konnte im Jahr 2008 nicht ausreichend als Kooperationspartner gewonnen werden. Vereinzelt gab es Kontakte zur Staatsanwaltschaft Erfurt sowie zur Rechtsantragsstelle des Amtsgerichtes Erfurt und zu Richterinnen. Waren es bei den Richterinnen eher Einzelfälle, die zur Kontaktaufnahme führten, ging es bei den Rechtspflegerinnen um die Bestrebung die Antragsstellung für die Opfer zu erleichtern und einen gemeinsamen Modus dafür zu finden. Mit den Staatsanwältinnen wurden das Strafverfahren und die Möglichkeiten der Weisung oder Beauftragung der Täter in die Gewaltkonfliktberatungsstelle diskutiert.

Jugendämter

In den Jugendämtern Erfurt, Sömmerda, Jena und Eisenberg wurden die Mitarbeiter des ASD zu den Aufgaben von Interventionsstellen unterrichtet und die Zusammenarbeit in Fällen häuslicher Gewalt wurde konkretisiert. In einzelnen Fällen wurde konkret zum Wohle der Kinder zusammengearbeitet. Ein Angebot zu Fortbildung zum Thema häusliche Gewalt und mit betroffene Kinder wurde unterbreitet.

Frauenhäuser / Fachberatungsstellen

Mit allen Frauenhäusern, die im Zuständigkeitsbereich liegen, sind Gespräche zu den Möglichkeiten der Zusammenarbeit geführt worden. In Einzelfällen hat die IST an das Frauenhaus/Fachberatungsstelle weitervermittelt, um eine längerfristige Begleitung abzusichern. Hier galt es, gute Bedingungen für die Weitervermittlung zu schaffen bzw.

genaue Absprachen zu treffen, damit eine weitere Betreuung auch stattfindet. In einigen Fällen wurde das Frauenhaus als Schutzraum vermittelt.

Gewaltkonfliktberatungsstelle „Notbremse“

In regelmäßigen Arbeitstreffen wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit herausgearbeitet. Im Einzelnen bedeutete dies eine ständige Überprüfung des Interventionsverlaufs und der Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Einzelfällen. Die Interventionsstelle verwies in Beratungsgesprächen auf die Notbremse als Anlaufstelle für die Täter. Die Mitarbeiter der Gewaltkonfliktberatungsstelle übermittelten in einigen Fällen Opferdaten nach Einverständnis, sodass eine pro-aktive Kontaktaufnahme

seitens der IST möglich war. Im Mittelpunkt stand hier die Sicherheit der Frau bei Verbleiben in der Gewaltbeziehung.

Weisser Ring

Durch die Weitervermittlung an den Weissen Ring konnte in zahlreichen Fällen den Opfern häuslicher Gewalt eine Übernahme der Anwaltskosten für eine Erstberatung sichergestellt werden.

Netzwerke gegen häusliche Gewalt/ Runde

Tische

Zu Beginn der Arbeit der Interventionsstelle besuchten wir die bereits bestehenden Runde Tische/ Netzwerke in Erfurt, Sömmerda, Jena, Weimar/ Weimar Land und SHK. In allen Runden Tische sind wir als gleichberechtigte Partner begrüßt worden.

Die Struktur der einzelnen Netzwerke ist sehr verschieden. Die Häufigkeit der Netzwerktreffen reicht von zweimal im Jahr bis zu alle acht Wochen.

Während es in zwei Netzwerken hauptsächlich um den Austausch über Neuigkeiten oder Schwierigkeiten geht, vertiefen andere bestimmte Themen durch fachliche Diskussion, Fortbildungsangebote, Vorträge z.B. über die Arbeit der Gerichtsvollzieher, die Praxis zum GewSchG, über das neue Vorsorgeprogramm für den Kinderschutz „KiWi“- Kinder Willkommen, das Beratungsmodell der videogestützten entwicklungspsychologischen Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern usw.. Die Interventionsstelle erläuterte die Arbeitsweise in Fällen von Stalking durch Expartner. Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit war z.T. Bestandteil der Netzwerkarbeit in Form von Kalendern mit den wichtigsten Notrufnummern oder Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, für Fachpersonal.

Nur selten werden die Netzwerke für die Einzelfallarbeit genutzt. Hier werden meist kleinere Helferkonferenzen einberufen mit den entsprechend beteiligten Professionen. Die Netzwerkarbeit erachten wir als sehr wichtigen Bestandteil unserer Arbeit, zum einen um eine gute Weitervermittlung an die Kooperationspartner zu sichern und andererseits dem Thema Häusliche Gewalt ein breites Podium in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Darüber hinaus unterstützt die fachliche Auseinandersetzung die Optimierung des Interventionsverlaufs.

5. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit gestaltete sich vielschichtig. Zum einen ging es darum, die Interventionsstelle als öffentlich zugängliche Beratungsstelle bekannt zu machen. Dies ist durch Pressemitteilungen in Zeitung, Fernsehen und Rundfunk geschehen. Die feierliche Eröffnung hat darüber hinaus dazu beigetragen, die Interventionsstelle bei Netzwerkpartnern aus Polizei, Politik und dem bestehenden Hilfesystem bekannt zu machen.

Aber auch das Erstellen von Visitenkarten, Schildern und die Gestaltung einer Website gehörten dazu.

Im Vordergrund stand danach das Vorstellen der Arbeit sowie der Mitarbeiterinnen bei allen PI-LeiterInnen und den PD-Leitern des Zuständigkeitsbereiches. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die Möglichkeit von Schulungen der Dienstgruppen zum Thema Häusliche Gewalt und Interventionsstellenarbeit aufmerksam gemacht.

Angefangen haben wir mit dem Vorstellen auch bei den Jugendämtern mit dem Ziel die Schnittstellen in der Arbeit sichtbar zu machen und zu gemeinsamen Themen einen fachlichen Austausch bzw. einen reibungslosen Interventionsverlauf anzustreben. Auch in der LAG Kinder- und Jugendschutz, der LAG Frauenhäuser sowie in allen bestehenden Netzwerken wurde die Arbeit vorgestellt. In letztere ist die IST als festes Mitglied aufgenommen worden.

Die Interventionsstelle hat sich mit einem Infostand am Tag der Offenen Tür der PI Süd präsentiert.

Zur Vorbereitung der Eröffnung der beiden Interventionsstellen in Nordhausen und Meiningen sind Beiträge zur Verdeutlichung der Arbeit von Interventionsstellen geleistet worden.

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen war die IST an der Planung und Durchführung einer Fachveranstaltung des Netzwerkes Jena beteiligt. Hier wurde ein Vortrag zum Thema Trauma sowie eine Ausstellung mit anschließender Kerzenaktion realisiert.

6. Fortbildung und Supervision

Beide Mitarbeiterinnen haben als Team Supervision wahrgenommen, im Verwendungsjahr aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten unregelmäßig. Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote wurden von beiden MitarbeiterInnen zu unterschiedlichen Themen genutzt. Hierbei standen die Weiterentwicklung der beraterischen Fähigkeiten sowie der Fachaustausch auf Landes- und Bundesebene mit den verschiedensten Kooperationspartnern im Vordergrund.

7. Ausblick

Die Notwendigkeit der Schaffung von Interventionsstellen für das Land Thüringen hat sich deutlich gemacht und auch bewährt.

Der Prozess der Festigung von neuen Interventionsstrategien bei häuslicher Gewalt bedarf der weiteren Vernetzung mit allen am Interventionsverlauf beteiligten Professionen. Der fachliche Austausch mit der Polizei, den Gerichten und den Staatsanwaltschaften muss sich weiter etablieren und zu einer festen Größe der Zusammenarbeit werden.

Der Entwicklung der Fallzahlen von Stalking sollte weiter Beachtung geschenkt werden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Gefährderansprache durch die Polizei an Bedeutung, eine einheitliche und sinnvolle Praxis sollte hier in Zusammenarbeit erarbeitet werden. In besonders schweren Fällen Häuslicher Gewalt und Stalking ist auch von der Möglichkeit der Einzelfallkonferenzen Gebrauch zu machen.

Für die landesweite Öffentlichkeitsarbeit und Stärkung der Position der Interventionsstellen in Thüringen favorisieren wir die Gründung einer landesweiten LAG der Interventionsstellen im nächsten Jahr. In dieser LAG sollten Weiterbildung und Auseinandersetzung mit neuen Entwicklungen und gesetzlichen Grundlagen für den Schutz und die Unterstützung der von Gewalt betroffenen Opfer in den Fokus gerückt werden.

Die Schaffung einer Monitoringgruppe durch die Koordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt ist unseres Erachtens unerlässlich. Gemeinsame Arbeitskreise mit den zuständigen Ministerien erscheinen sinnvoll und können Prozesse voranbringen.

Weiteren Berufsgruppen - LehrerInnen, ÄrztInnen, RichterInnen - sollten zum Thema Häusliche Gewalt Schulungen angeboten werden, um hier eine Sensibilisierung für das Thema zu erreichen und einen fachgerechten Umgang mit den Opfern zu erzielen.

Die Arbeit mit den Kindern der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Männer wollen wir zeitnah inhaltlich festschreiben. Hier muss ein für Thüringen sinnvolles Konzept erarbeitet werden, das sich bestehender Vorgehensweisen bedient, aber auch neuen Ideen freien Raum lässt.

Erfurt, 28.05.09